



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

25. Februar 2016

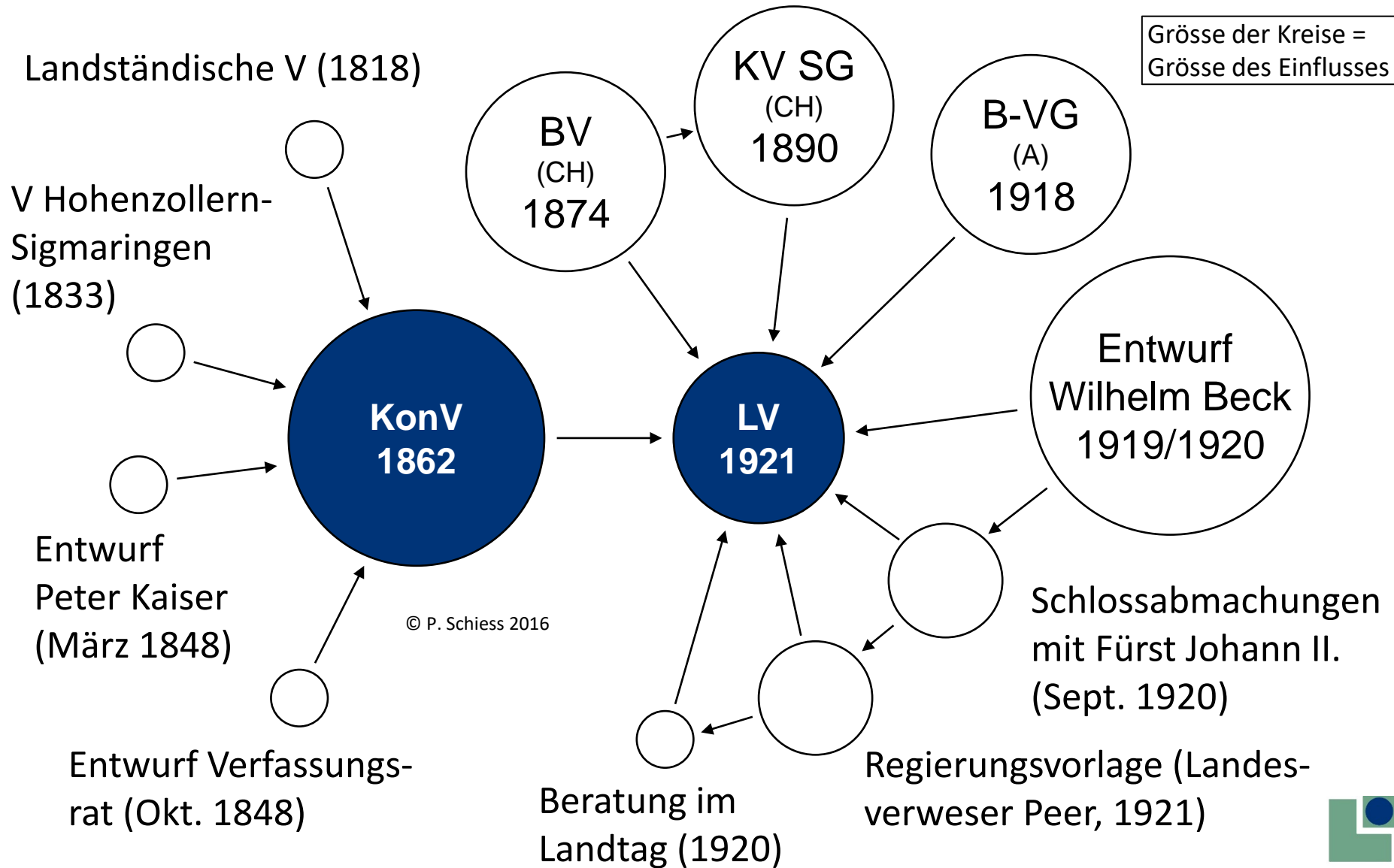
verfassung.li – Der Online-Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung

Patricia M. Schiess Rütimann

**IRIS 2016: Internationales Rechtsinformatik Symposium
25. bis 27. Februar, Universität Salzburg**

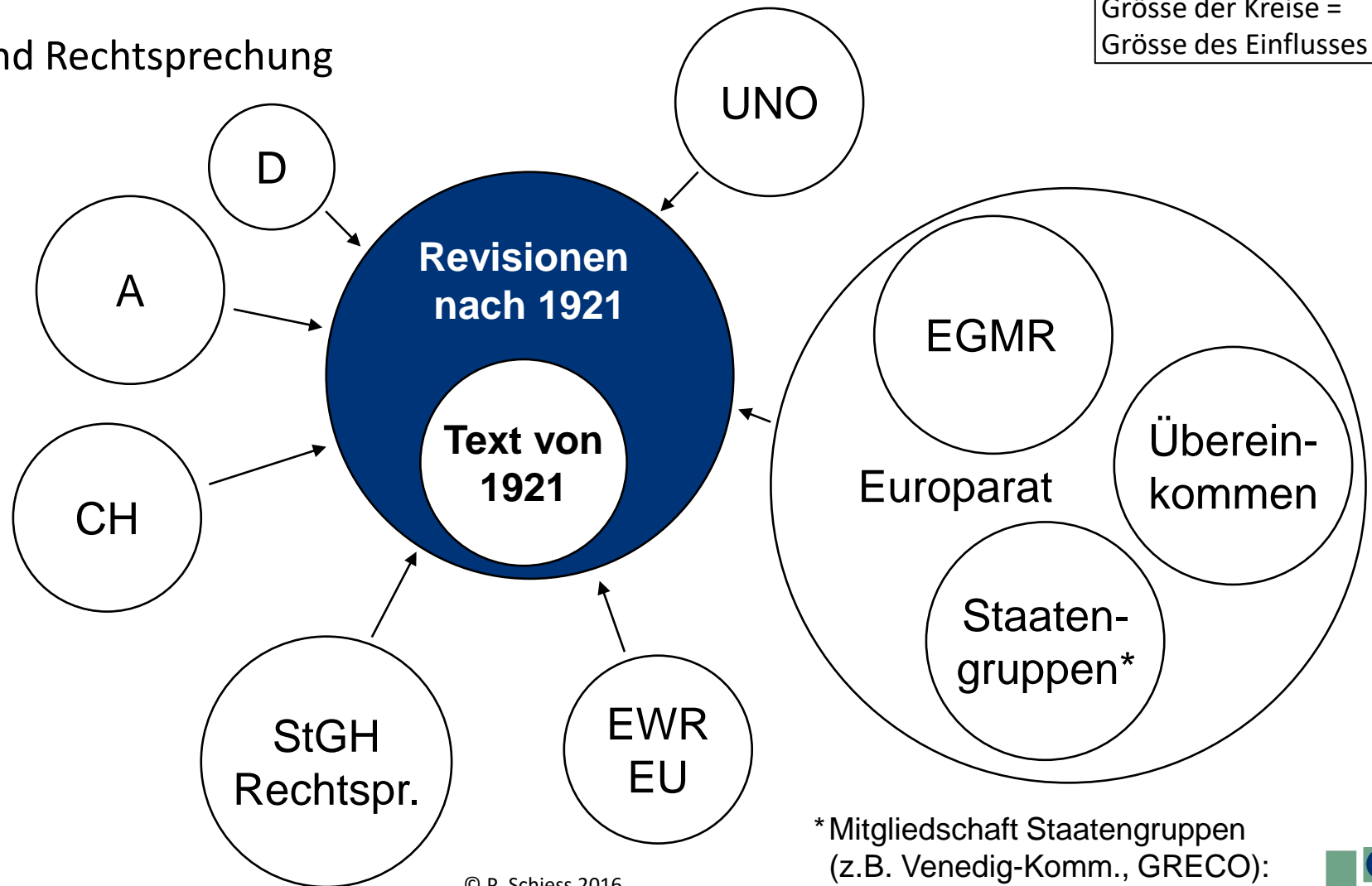


Einflüsse auf den Text der liechtensteinischen Verfassung von 1921



Einflüsse auf das liechtensteinische Verfassungsrecht

Lehre und Rechtsprechung



© P. Schiess 2016

* Mitgliedschaft Staatengruppen
(z.B. Venedig-Komm., GRECO):
Länderexamen

Verweise und Verlinkungen im Verfassungskommentar



Die Startseite





[Aktuelle Version](#)

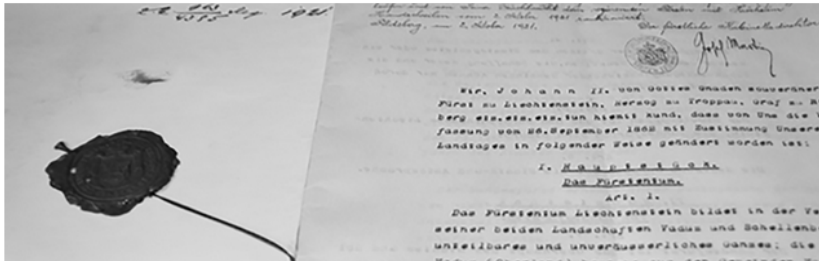
[Versionsgeschichte](#)

[Quelltext anzeigen](#)

[Login](#)

Verfassung.li

Online-Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung



Bei dem vom Liechtenstein-Institut herausgegebenen Kommentar zur Liechtensteinischen Verfassung vom 5. Oktober 1921 handelt es sich um den ersten wissenschaftlichen Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Er füllt auch deshalb eine Lücke zum liechtensteinischen Verfassungsrecht, weil bis heute leider kein Lehrbuch zum liechtensteinischen Verfassungsrecht vorliegt.

Der Kommentar verfolgt verschiedene Ziele:

- Die Kommentierung der Verfassungsbestimmungen erschliesst das liechtensteinische Verfassungsrecht.
- Bei den einzelnen Verfassungsbestimmungen werden angeführt
 - die Materialien aus dem Prozess der Verfassungsgebung,
 - die einschlägigen Urteile der liechtensteinischen Gerichte,
 - die Literatur zum liechtensteinischen Verfassungsrecht,
 - ausländische Literatur und Judikatur, soweit sie für das Verständnis des liechtensteinischen Verfassungsrechts von Bedeutung sind.

Inhalte

[Verfassungstext](#)

[Kommentar](#)

[Schlagwörter](#)

[Literaturverzeichnis](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Über dieses Projekt](#)

[Letzte Änderungen](#)

Werkzeuge

[Link auf diese Seite](#)

[Druckversion](#)

[Hilfe](#)

Beschlagwortung





[Login](#)

[Aktuelle Version](#)

[Versionsgeschichte](#)

[Quelltext anzeigen](#)

Schlagwörter

[Abstammung](#) | [Abstimmung](#) | [Abstimmungsbeschwerde](#) | [Abstimmungsfreiheit](#)
[Allgemeine Staatslehre](#) | [Alpgenossenschaften](#) | [Amt für Soziale Dienste](#) | [Amtssprache](#)
[Amtszwang](#) | [Arbeit](#) | [Armut](#) | [Aufsicht](#) | [Ausländer](#) | [Ausländerstimmrecht](#) | [Ausländerwahlrecht](#)
[Auslandliechtensteiner](#) | [Aussenpolitik](#) | [Austritt](#) | [Autonomie](#) | [Autonomiebeschwerde](#)
[Begründungspflicht](#) | [Behinderte](#) | [Bestandesschutz](#) | [Bürger](#) | [Bürgergenossenschaft](#) | [Bürgerrecht](#)
[Bürgerversammlung](#) | [Charta der kommunalen Selbstverwaltung](#) | [Datenschutz](#) | [Demokratie](#)
[Direkte Demokratie](#) | [Diskriminierung](#) | [Doppelte Staatsangehörigkeit](#) | [Dringlichkeit](#) | [Dualismus](#)
[Dublin-Besitzstand](#) | [Ehrenbürgerrecht](#) | [Eigener Wirkungskreis](#) | [Einbürgerung](#) | [Einheitsstaat](#)
[EMRK](#) | [Erbprinz](#) | [Europarat](#) | [EWR](#) | [EWR-Recht](#) | [Existenzminimum](#) | [Existenzsicherung](#)
[Finanzausgleich](#) | [Finanzeinbürgerung](#) | [Föderalismus](#) | [Frauen](#) | [Frauenstimm- und wahlrecht](#)
[Frauenstimmrecht](#) | [Frauenwahlrecht](#) | [Freie Wahlen](#) | [Fremde](#) | [Fürsorge](#) | [Fürstenhaus](#)
[Fürstentum](#) | [Gegenzeichnung](#) | [Geheim- und Privatsphäre](#) | [Geheime Wahl](#) | [Gemeinde](#)
[Gemeindeautonomie](#) | [Gemeindebegehren](#) | [Gemeindebürgerrecht](#) | [Gemeindefinanzen](#)
[Gemeindegrenzen](#) | [Gemeinden](#) | [Gemeindenutzen](#) | [Gemeinderat](#) | [Gemeindevermögen](#)
[Gemeindeversammlung](#) | [Gemeindevorsteher](#) | [Gemeindegewappen](#) | [Gesetz](#) | [Gesetzgebung](#)
[Gewaltenteilung](#) | [Gleichberechtigung](#) | [Gleichstellung der Geschlechter](#) | [GRECO](#)
[Grenzänderung](#) | [Grenzbereinigung](#) | [Grenze](#) | [Grenzüberschreitende Zusammenarbeit](#)
[Grundeigentum](#) | [Grundrechte](#) | [Hauptort](#) | [Hausdurchsuchung](#) | [Hausgesetz](#) | [Hausrecht](#)
[Hintersassen](#) | [Immunität](#) | [Initiative](#) | [Ius sanguinis](#) | [Ius soli](#) | [Jugendliche](#) | [Karenzfrist](#) | [Kinder](#)
[Kompetenzverteilung](#) | [Konstitutionelle Erbmonarchie](#) | [Konsultativabstimmung](#)
[Konsultative Organe](#) | [Körperschaft](#) | [Kundmachung](#) | [Landesfarben](#) | [Landesfürst](#)
[Landesgrenzen](#) | [Landeshymne](#) | [Landessprache](#) | [Landschaften](#) | [Landtag](#) | [Mehrstaatigkeit](#)
[Meinungsumfragen](#) | [Missbrauch](#) | [Monarchie](#) | [Monismus](#) | [Normenhierarchie](#) | [Notstandsrecht](#)
[Notverordnung](#) | [Oberaufsicht](#) | [Offene Abstimmungen](#) | [Öffentlich rechtliche Aufgaben](#)

Inhalte

[Verfassungstext](#)

[Kommentar](#)

[Schlagwörter](#)

[Literaturverzeichnis](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Über dieses Projekt](#)

[Letzte Änderungen](#)

Werkzeuge

[Link auf diese Seite](#)

[Druckversion](#)

[Hilfe](#)

[Über dieses Projekt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Mobile Ansicht](#)

Suche mit Hilfe von Schlagwörtern



Kategorie:Auslandliechtensteiner

Diese Seite enthält momentan noch keinen Text, du bist auch nicht berechtigt diese Seite zu erstellen. Du kannst ihren Titel auf anderen Seiten [suchen](#) oder die zugehörigen [Logbücher](#) betrachten.

Seiten in der Kategorie „Auslandliechtensteiner“

Es werden 2 von insgesamt 2 Seiten in dieser Kategorie angezeigt:

A

- [Art. 29](#)

S

- [Schlagwörter](#)

Inhalte

[Verfassungstext](#)

[Kommentar](#)

[Schlagwörter](#)

[Literaturverzeichnis](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Über dieses Projekt](#)

[Letzte Änderungen](#)

Suchergebnis wird markiert

V. Die von Art. 29 Abs. 2 LV genannten Voraussetzungen



A. Staatsangehörigkeit

- 52 Gemäss Art. 29 Abs. 2 LV stehen die politischen Rechte auf Ebene Land nur den Landesangehörigen zu. Sollen Ausländer auf Landesebene politische Rechte ausüben, erfordert dies eine Revision von Art. 29 Abs. 2 LV.
- 53 Der Europarat begrüsst politische Rechte von ausländischen Staatsangehörigen,^[114] insbesondere auf lokaler Ebene.^[115] Die EU (siehe Art. 22 Abs. 1 AEUV^[116] sowie RL 94/80 EG^[117]) sieht für alle Unionsbürger das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen an ihrem Wohnsitz vor. Internationales Recht steht demnach der Einführung des Ausländerstimm- und -wahlrechts nicht entgegen.^[118]
- 54 In den letzten Jahren wurde in Liechtenstein mehrmals über die Einführung des Ausländerstimm- und -wahlrechts diskutiert, ohne dass eine Vorlage ausformuliert worden wäre.^[119] Am eingehendsten befasste sich die „Interpellationsbeantwortung betreffend die Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene für niedergelassene AusländerInnen und AuslandslichtensteinerInnen“^[120] mit den fehlenden politischen Rechten der Ausländer. Die Regierung erklärte das Fehlen des Ausländerstimm- und -wahlrechts nicht zuletzt mit dem hohen Ausländeranteil^[121] und sprach sich für eine breite politische Diskussion aus. Wenn im Zusammenhang mit der Gewährung der politischen Rechte an **Auslandlichtensteiner** betont wird, dass es um ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten gehe und für die Mitwirkung an der Betroffenheit angeknüpft werden müsse,^[122] so spricht dies für politische Rechte der im Land wohnhaften Ausländer. Sie sind von den Ergebnissen der Wahlen und Abstimmungen betroffen und zahlen in Liechtenstein Steuern.

Kommentar

Gliederung

I. Hauptstück: Das Fürstentum Art. 1–6

[Art. 1](#) | [Art. 2](#) | [Art. 3](#) | [Art. 4](#) | [Art. 5](#) | [Art. 6](#)

II. Hauptstück: Vom Landesfürsten Art. 7–13ter

[Art. 7](#) | [Art. 8](#) | [Art. 9](#) | [Art. 10](#) | [Art. 11](#) | [Art. 12](#) | [Art. 13](#) | [Art. 13bis](#) | [Art. 13ter](#)

III. Hauptstück: Von den Staatsaufgaben Art. 14–27

[Art. 25](#)

IV. Hauptstück: Von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Landesangehörigen Art. 27bis–44

[Art. 29](#) | [Art. 30](#)

V. Hauptstück: Vom Landtage Art. 45–70

[Art. 45](#) | [Art. 46](#) | [Art. 47](#) | [Art. 48](#) | [Art. 49](#) | [Art. 50](#) | [Art. 51](#) | [Art. 52](#) | [Art. 53](#) | [Art. 54](#) | [Art. 55](#)

VI. Hauptstück: Vom Landesausschusse Art. 71–77

VII. Hauptstück: Von der Regierung Art. 78–94

VIII. Hauptstück: Von den Gerichten Art. 95–105

IX. Hauptstück: Von den Behörden und Staatsbediensteten Art. 106–109

X. Hauptstück: Von den Gemeinden Art. 110–111

[Art. 110](#) | [Art. 111](#)

Inhalte

[Verfassungstext](#)

[Kommentar](#)

[Schlagwörter](#)

[Literaturverzeichnis](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Über dieses Projekt](#)

[Letzte Änderungen](#)

Werkzeuge

[Link auf diese Seite](#)

[Druckversion](#)

[Hilfe](#)

Art. 2

Das Fürstentum ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage (Art. 79 und 80); die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volke verankert und wird von beiden nach Massgabe der Bestimmungen dieser Verfassung ausgeübt.

Autor: Peter Bussjäger. Zuletzt bearbeitet: 31. August 2015

Liechtenstein-Institut (Hrsg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung, Online-Kommentar, BERN 2016, www.verfassung.li

Inhalte

- Verfassungstext
- Kommentar
- Schlagwörter
- Literaturverzeichnis
- Abkürzungsverzeichnis
- Über dieses Projekt
- Letzte Änderungen

Inhaltsverzeichnis



Kategorien



Entstehung und Materialien



Literatur



Werkzeuge

- Link auf diese Seite
- Druckversion
- Hilfe

I. Allgemeine Bemerkungen und Entstehungsgeschichte



1 Die Bestimmung des Art. 2 LV ist seit 1921 unverändert. Sie hatte jedoch Vorläufer aus der Zeit noch vor der konstitutionellen Monarchie: So sah bereits der Verfassungsentwurf des Verfassungsrates 1848 in seinem § 3 als Regierungsform des Fürstentums „die monarchisch konstitutionelle“ vor und bezeichnete das Staatsoberhaupt als „konstitutionellen Fürsten“.^[1] Die Bezeichnung „konstitutionell“ trug die Konstitutionelle Verfassung 1862 [in](#) ihrem Titel, erwähnte das Wort sonst jedoch nicht. § 2 bestimmte,

Verlinkungen im Literaturverzeichnis

Autor: Peter Bussjäger. Zuletzt bearbeitet: 31. August 2015

Liechtenstein-Institut (Hrsg.): Kommentar zur liechtensteinischen Verfassung. Online-Kommentar, BERNEM 2016, www.verfassung.li

[Über dieses Projekt](#)

[Letzte Änderungen](#)

[Inhaltsverzeichnis](#) 


[Kategorien](#) 

[Entstehung und Materialien](#) 


[Literatur](#) 

Arévalo Menchaca, Victor, Liechtensteinische Verfassungslehre, Basel/Genf/München 2006

Batliner, Gerard, Aktuelle Fragen des liechtensteinischen Verfassungsrechts, Vaduz 1998


Batliner, Gerard, [Einführung in das liechtensteinische Verfassungsrecht \(1.Teil\)](#) , in: Batliner (Hrsg.), Die liechtensteinische Verfassung 1921. Elemente der staatlichen Organisation, LPS 21, Vaduz 1994, S. 15–104

Batliner, Gerard, Die Sanktion der Gesetze durch den Landesfürsten unter Berücksichtigung des demokratischen Prinzips und des Völkerrechts, Archiv des Völkerrechts 36 (1998), S. 128–139

Batliner, Gerard, [Schichten der liechtensteinischen Verfassung von 1921](#) , in: Waschkuhn (Hrsg.), Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme, LPS 16, Vaduz 1993, S. 281–300

Batliner, Martin, Die politischen Volksrechte im Fürstentum Liechtenstein, Fribourg 1993

Benz, Arthur, Der moderne Staat. Grundlagen einer politologischen Analyse, 2. Aufl., München 2008

Breitenmoser, Stephan, Rechtsgutachten zu den Verfassungsvorschlägen des Fürstenhauses und der Verfassungskommission des Landtages des Fürstentums Liechtenstein zur Änderung der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein, Manuskript, Muttenz 31. Juli 2000 (abrufbar unter <https://demokratiebewegung.li/dokumente/verfassungsdiskussion/Gutachten-Breitenmoser.pdf> 
view

Werkzeuge

[Link auf diese Seite](#)

[Druckversion](#)

[Hilfe](#)



eLiechtensteinensia

Home Zeitungen Bücher Zeitschriften

LIECHTENSTEINISCHE POLITISCHE SCHRIFTEN

◀ Artikel ▶ ▶ Ausgabe ▶ [Vollbild](#)

Liechtenstein Politische Schriften > [Band 21](#) >

Einführung in das liechtensteinische Verfassungsrecht

Autor:
[Batliner, Gerard](#)

In:
Liechtenstein Politische Schriften, 1994, Bd. 21, S. 15-104

Thema:
Liechtenstein; Staatsrecht. Verfassungsrecht

[Bibliothekskatalog](#)

© 2010 Liechtensteinische Landesbibliothek
© Software-Lösung: 2010 AGI-Information Management Consultants, Manfred Hauer Impressum
Technische Informationen

Gerard Batliner

Einführung in das liechtensteinische Verfassungsrecht (1. Teil)*

* Der hier vorgelegte, 1. Teil der Einführung in das liechtensteinische Verfassungsrecht war Anfang Dezember 1993 abgeschlossen, doch verdanke ich den in diesem Sammelband mitveröffentlichten Beiträgen der Ringvorlesung 1994 viele Einsichten und Anregungen. Aufgrund dieser Beiträge, insbesondere der Ausführungen von Walter Kieber zur staatsrechtlichen Verantwortlichkeit und zum Begriff des öffentlichrechtlichen Auftrages, sah ich mich veranlasst, an einigen Stellen dieser Einführung Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. Das Unterkapitel über die Ausübung der Staatsgewalt durch Regierung und Verwaltung (II. 4.) wurde restrukturiert. Der 2. Teil der Einführung in das liechtensteinische Verfassungsrecht mit den Kapiteln über die Grundrechte und die Gesamtfunktion über das Verfassungsrecht und seine Umsetzung...

Pop-ups für Fussnoten und Links für Belege

VI. Ungeschriebenes Grundrecht auf ein Existenzminimum



60 Völkerrechtliche Übereinkommen verpflichten Liechtenstein, für ein Minimum bis hin zu einem angemessenen Lebensstandard^[121] zu sorgen.^[122] Die betreffenden Bestimmungen sind jedoch nicht self-executing, sodass sich der Einzelne nicht unmittelbar auf sie stützen kann, um einen Anspruch geltend zu machen. Überdies ist jeweils der Anwendungsbereich d

StGH 2004/48, Erw. 2.2. Zur anfänglichen Ablehnung, aber späteren Anerkennung ungeschriebenen Verfassungsrechts durch den StGH: Vogt Hugo, Willkürverbot und Gleichheitsgrundsatz, S. 329–336.

A. Umfang des Schutzes

61 **StGH 2004/48** [↗](#) Erw. 2.3 hat ein [↗](#) ung anerkannt. Der StGH kam zum Schluss, dass die aus dem Grundrecht fließenden Mindestleistungsansprüche „schon durch das Sozialhilfegesetz abgedeckt“ sind.^[123] Seither wiederholt er (siehe [StGH 2014/43](#) [↗](#) Erw. 3 und [StGH 2014/10](#) [↗](#) Erw. 3): „Hingegen hat der Staatsgerichtshof auch ein generelles ungeschriebenes Grundrecht auf ein Existenzminimum anerkannt; dies in Anlehnung an die Rechtsprechung des schweizerischen Bundesgerichts allerdings nur im engen Rahmen dessen, was für ein menschenwürdiges Dasein unabdingbar ist und vor einer unwürdigen Betteexistenz zu bewahren vermag. Indessen sind die aus einem solchen Grundrecht fließenden Mindestleistungsansprüche in Liechtenstein schon durch das Sozialhilfegesetz abgedeckt. Zweck dieses Gesetzes ist es gerade sicherzustellen, dass jedem Hilfsbedürftigen „ein menschenwürdiges Dasein“ ermöglicht wird (Art. 1 Abs. 2 SHG [🔒](#)). Dabei geht es um die Gewährleistung des

Fussnoten am Ende des Textes

www.eghm.org/minikom/cn/rec2000-3.pdf), die Europäische Grundung der Sozialen Sicherheit (SEV-Nr. 139, abrufbar unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/GER/Treaties/Html/139.htm>).





123. ↑ [StGH 2004/48](#), Erw. 2.2. Zur anfänglichen Ablehnung, aber späteren Anerkennung ungeschriebenen Verfassungsrechts durch den StGH: Vogt Hugo, Willkürverbot und Gleichheitsgrundsatz, S. 329–336.
124. ↑ Siehe [StGH 2004/48](#), Erw. 2.1.
125. ↑ Auch in der Schweiz ist der Umfang der Hilfe in Notlagen noch nicht restlos geklärt. Siehe hierzu BSK BV-Gächter/Werder, Art. 12 BV, Rz. 27 und Rz. 30 ff.
126. ↑ Insofern ist es zu begrüßen, dass der StGH von „Mindestleistungsansprüchen“ spricht.
127. ↑ Die Zurückhaltung des schweizerischen Bundesgerichts dürfte auch dadurch zu erklären sein, dass die Kompetenz zur Sozialhilfe bei den Kantonen liegt. Siehe jedoch zu den Bestrebungen, dem Bund mehr Kompetenzen zuzuweisen den Bericht des Bundesrates vom 25.02.2015: „Ausgestaltung der Sozialhilfe und der kantonalen Bedarfsleistungen Handlungsbedarf und -möglichkeiten“, Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.4010 der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats „Rahmengesetz für die Sozialhilfe“ vom 06.11.2013: <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/38418.pdf>.

Bearbeitungsmodus

Aktuelle Version Versionsgeschichte **Bearbeiten**

Bearbeiten von „Art. 25“ (Abschnitt)

Wikitext	Vorschau	Änderungen	Veröffentlichen	Abbrechen
----------	----------	------------	-----------------	-----------

F K     Erweitert Sonderzeichen Hilfe

```

===A. Umfang des Schutzes===
<randziffer wert="61"/>[http://www.gerichtsentscheide.li
/default.aspx?mode=gerichte&prim=2&value=2005&id=2899&
backurl=?mode=gerichte%26prim=2%26value=2005 StGH 2004/48] Erw. 2.3 hat ein
ungeschriebenes Grundrecht auf Existenzsicherung anerkannt. Der StGH kam zum
Schluss, dass die aus dem Grundrecht fließenden Mindestleistungsansprüche
„schon durch das Sozialhilfegesetz abgedeckt“ sind.<ref>
[http://www.gerichtsentscheide.li/default.aspx?mode=gerichte&prim=2&
value=2005&id=2899&backurl=?mode=gerichte%26prim=2%26value=2005 StGH
2004/48], Erw. 2.2. Zur anfänglichen Ablehnung, aber späteren Anerkennung
ungeschriebenen Verfassungsrechts durch den StGH: Vogt Hugo, Willkürverbot
und Gleichheitsgrundsatz, S. 329–336.</ref> Seither wiederholt er (siehe
[http://www.gerichtsentscheide.li/default.aspx?mode=gerichte&prim=2&
value=2014&id=4563&backurl=?mode=gerichte%26prim=2%26value=2014 StGH
2014/43] Erw. 3 und [http://www.gerichtsentscheide.li
/default.aspx?mode=gerichte&prim=2&value=2014&id=4555&

```

Inhalte

Verfassungstext

Kommentar

Schlagwörter

Literaturverzeichnis

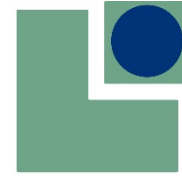
Abkürzungsverzeichnis

Über dieses Projekt

Letzte Änderungen

Werkzeuge

Link auf diese Seite



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

**Besuchen Sie den Online-Kommentar zur
liechtensteinischen Verfassung
ab dem 15. März 2016 unter:**

verfassung.li

www.liechtenstein-institut.li

